



## **Frühjahrskonferenz**

6. und 7. Juni 2018

# **Beschluss**

Baden-Württemberg  
Bayern  
Berlin  
Brandenburg  
Bremen  
Hamburg  
Hessen  
Mecklenburg-Vorpommern  
Niedersachsen  
Nordrhein-Westfalen  
Rheinland-Pfalz  
Saarland  
Sachsen  
Sachsen-Anhalt  
Schleswig-Holstein  
Thüringen

## **TOP I.8 „Paralleljustiz“**

Berichterstattung: Bremen

1. Die Justizministerinnen und Justizminister haben das Phänomen der sogenannten „Paralleljustiz“ erneut erörtert. Sie bekräftigen, dass private Streitbeilegungsmechanismen mit unserer Rechtsordnung und dem Wertesystem des Grundgesetzes in Einklang stehen müssen. Eine außerhalb des Rechtsstaats stehende „Paralleljustiz“ wird nicht geduldet.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister begrüßen die bisher von den Ländern und dem Bund ergriffenen Maßnahmen zur Erforschung und zur gesellschaftlichen, politischen und juristischen Auseinandersetzung mit dem Phänomen der „Paralleljustiz“. Sie erachten eine darauf aufbauende, weitere fundierte wissenschaftliche und empirische Erforschung des Phänomens unter kultur-, sozial- und rechtswissenschaftlichen Aspekten als hilfreich. Bei der erfolgreichen Auseinandersetzung mit dem Phänomen „Paralleljustiz“ wird es entscheidend auf die auf den Forschungserkenntnissen beruhenden Maßnahmen zur Verhinderung und Eindämmung von „Paralleljustiz“ ankommen. Über die Forschungsergebnisse und Maßnahmen



## 89. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister 2018 | Thüringen

sollte ein enger Austausch zwischen Bund und Ländern stattfinden. Sie bitten das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, solche Projekte in geeigneter Weise zu unterstützen.

Baden-Württemberg  
Bayern  
Berlin  
Brandenburg  
Bremen  
Hamburg  
Hessen  
Mecklenburg-Vorpommern  
Niedersachsen  
Nordrhein-Westfalen  
Rheinland-Pfalz  
Saarland  
Sachsen  
Sachsen-Anhalt  
Schleswig-Holstein  
Thüringen